



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katharina Schulze**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 17.08.2015

Antisemitismus in Bayern

Im vergangenen Jahr kam es in Deutschland zu einem deutlichen Anstieg antisemitischer Straftaten. So wurden, laut Auskunft des Bundesministeriums des Innern, im Jahr 2014 1.596 entsprechende Delikte registriert. Im Vergleich zum Vorjahr (1.275) stellt dies einen Zuwachs um 25,2 Prozent dar. Diese Entwicklung ist höchst alarmierend.

Erschreckend sind zudem die wissenschaftlichen Befunde verschiedener Studien über die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der deutschen bzw. bayerischen Bevölkerung. Einer Studie der Universität Leipzig zufolge (http://www.gruene-fraktion-bayern.de/sites/default/files/rechtsextreme_einstellungen_in_bayern_-_mitte-studie.pdf) fällt die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in Bayern mit 12,6 Prozent noch höher aus als in den restlichen Bundesländern (westdeutsche Bundesländer: 8,4 Prozent; ostdeutsche Bundesländer: 6,1 Prozent). Einzelne Aussagen, wie die These „Juden haben zu viel Kontrolle und Einfluss an der Wall Street“, finden gar die Zustimmung von bis zu 39,1 Prozent der bayerischen Befragten.

Diese Befunde müssen uns zutiefst beunruhigen. Sie fordern dazu auf, antisemitischen Angriffen und Ressentiments entschieden entgegenzutreten – sowohl auf der Handlungsebene als auch auf der Einstellungsebene.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Staatsregierung:

1. Wie hat sich die Zahl antisemitischer Straftaten in Bayern im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen sowie nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen (PMK) aufschlüsseln)?
 - 1.1 Wie hat sich die Zahl antisemitischer Gewalttaten in Bayern im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen sowie nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen (PMK) aufschlüsseln)?
 - 1.2 Wie hat sich die Zahl der Opfer antisemitischer Straf- und Gewalttaten in Bayern im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?
2. Wie viele antisemitische Straf- und Gewalttaten zählt die Staatsregierung für das erste Halbjahr 2015 (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen sowie nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen (PMK) aufschlüsseln)?

3. In wie vielen der in den Fragen 1, 1.1 und 2 abgefragten Fälle kam es zur Erhebung einer Anklage, Verurteilung oder Einstellung der Ermittlungen?
4. In wie vielen Fällen kam es nach Kenntnis der Staatsregierung seit dem Jahr 2000 in Bayern zur Anzeige wegen des Verdachts antisemitischer Straftaten im Internet, und in wie vielen Fällen kam es seitdem zur Verurteilung (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
5. Wie bewertet die Staatsregierung die in verschiedenen Studien (u. a. auch im Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus von 2011, Bundestags-Drucksache 17/7700) nachgewiesene weite Verbreitung (latent) antisemitischer Einstellungsmuster in der Gesamtbevölkerung – insbesondere auch in Bayern (siehe Vorbemerkung)?
 - 5.1 Welche konkreten Gegenmaßnahmen hat die Staatsregierung angesichts dieser Befunde ergriffen?
6. Inwiefern spielt die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus – über die historisch-politische Bildung hinaus – in den Lehrplänen der bayerischen Schulen eine Rolle?
 - 6.1 Inwieweit ist die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus – über die historisch-politische Bildung hinaus – Teil des Lehrcurriculums in der Lehreraus- und Fortbildung?
7. Inwiefern wird die in einem gemeinsamen Antrag der Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von 2013 (Drucksache 17/13885) genannte Forderung, die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendienste „effektiv für das Thema Antisemitismus zu sensibilisieren“, in Bayern umgesetzt (ggf. bitte konkrete Aus-/Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen nennen)?
 - 7.1 Inwiefern wird der Empfehlung des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (Bundestags-Drucksache 17/7700) nach einer „stärkere[n] Fokussierung der Justizbehörden auf den Antisemitismus als ein eigenständiges Phänomen“ in Bayern – z. B. in Form von entsprechenden Fortbildungsangeboten – Rechnung getragen (ggf. bitte konkrete Aus-/Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen nennen)?
8. Inwiefern unterstützt und fördert die Staatsregierung zivilgesellschaftliche Projekte, die sich explizit gegen aktuelle Ausprägungen des Antisemitismus wenden (ggf. einzelne Projekte und Fördersummen auflisten)?

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr
vom 02.11.2015

Die Schriftliche Anfrage wird im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz und dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wie folgt beantwortet:

1. Wie hat sich die Zahl antisemitischer Straftaten in Bayern im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen sowie nach Deliktsgruppen und Phänomenbereichen (PMK) aufschlüsseln)?

2013 **109** politisch motivierte Straftaten mit antisemitischer Motivation
davon
Politisch motivierte Kriminalität – rechts – 104 Fälle
Politisch motivierte Kriminalität – Ausländer – 5 Fälle

2014 **166** politisch motivierte Straftaten mit antisemitischer Motivation
davon
Politisch motivierte Kriminalität – rechts – 155 Fälle
Politisch motivierte Kriminalität
– Ausländer – 10 Fälle
Politisch motivierte Kriminalität
– sonstige bzw. nicht zuzuordnen – 1 Fall

Die detaillierten Aufschlüsselungen sind den Anlagen 1a bis 1e zu entnehmen.

1.1 Wie hat sich die Zahl antisemitischer Gewalttaten in Bayern im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen sowie nach Deliktsgruppen und Phänomenbereichen (PMK) aufschlüsseln)?

Politisch motivierte Gewaltkriminalität im Sinne des Definitionssystems PMK ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie ist im Katalog „Politisch motivierte Gewaltdelikte“ (Stand: 30.09.2004) abschließend aufgezählt.

Die nachstehend dargestellten statistischen Aufschlüsselungen sind somit auch in den Auswertungen der Ziff. 1 enthalten.

2013 **5** politisch motivierte Gewaltdelikte mit antisemitischer Motivation
davon
Politisch motivierte Kriminalität – rechts – 5 Fälle

2014 **1** politisch motiviertes Gewaltdelikt mit antisemitischer Motivation
davon
Politisch motivierte Kriminalität – rechts – 1 Fall

Die detaillierten Aufschlüsselungen sind den Anlagen 1 f und 1 g zu entnehmen.

1.2 Wie hat sich die Zahl der Opfer antisemitischer Straf- und Gewalttaten in Bayern im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt?

Die statistische Erhebung/Verarbeitung von Angaben zu Opfern ist in der Ziff. 3.6 der „Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität“ (Stand: 21.05.2013) bundesweit geregelt.

Hier heißt es „Opfer im Sinne dieser Verfahrensregeln sind natürliche Personen, die durch die mit Strafe bedrohte Handlung körperlich geschädigt wurden oder werden sollten“. Opferdaten werden somit im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität ausschließlich bei Gewaltdelikten statistisch verarbeitet.

Eine Erfassung von Geschädigten ist gem. Ziff. 3.7 der in Rede stehenden Verfahrensregeln nicht vorgesehen.

Eine Recherche nach der Zahl der Opfer antisemitischer Gewalttaten ergab folgendes Ergebnis:

2013: 14 Opfer Politisch motivierter Gewaltkriminalität mit antisemitischer Motivation

2014: 2 Opfer Politisch motivierter Gewaltkriminalität mit antisemitischer Motivation

2. Wie viele antisemitische Straf- und Gewalttaten zählt die Staatsregierung für das erste Halbjahr 2015 (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen sowie nach Deliktsgruppen und Phänomenbereichen (PMK) aufschlüsseln)?

Mit Auswertestand 25.08.2015 wurden dem Bayerischen Landeskriminalamt im Wege des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität (KPMK-PMK) **50** antisemitisch motivierte Straftaten gemeldet.

Von diesen sind 49 Fälle dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – rechts – und 1 Fall dem Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität zuzuordnen.

Ein Gewaltdelikt war in besagtem Tatzeitraum nicht zu verzeichnen.

Die detaillierten Aufschlüsselungen sind den Anlagen 2 a und 2 b zu entnehmen.

3. In wie vielen der in den Fragen 1, 1.1 und 2 abgefragten Fälle kam es zur Erhebung einer Anklage, Verurteilung oder Einstellung der Ermittlungen?

Die Anzahl der Einstellungen, Anklageerhebungen (inklusive Strafbefehlsverfahren) sowie etwaiger Verurteilungen bezüglich der in den Fragen 1, 1.1 und 2 abgefragten Fälle kann der nachfolgenden Tabelle (Auswertestand: 15.09.2015) entnommen werden:

Frage	1		1.2		2
	2013	2014	2013	2014	2015/1.Hj
Gesamtzahl (vgl. Antworten zu 1, 1.1 und 2.)	109	1.65¹	5	1	50
Einstellungen	82	117	5	-	33
Anklage	25	41	-	1	5
davon Verurteilungen	17	25	-	1	2
noch bei Polizei oder StA anhängig	1	4			11
Abgaben an außer-bayerische Staatsanwaltschaften	1	3			1

¹ Nicht enthalten ist ein Vorgang, bei dem es sich um eine polizeiliche Fehlerfassung handelt, die nicht an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Ergänzende Anmerkungen/Erläuterungen:

a) Auf Grundlage einer Datenbankrecherche durch das Bayerische Landeskriminalamt, der insoweit mitgeteilten polizeilichen Aktenzeichen sowie der dort vorgenommenen Zuordnung der Straftaten zum Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurde im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz gemäß der Fragestellung anhand des Datenbestandes abgeklärt, in wie

vielen Fällen der in den Antworten zu den Fragen 1, 1.1 und 2 genannten Fallzahlen es zu einer Einstellung des Ermittlungsverfahrens, einer Anklageerhebung sowie ggf. zu einer Verurteilung kam.

b) Bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesene Anzahl der Verfahrenseinstellungen ist darauf hinzuweisen, dass eine Verfahrenseinstellung aus verschiedenen Gründen erfolgt sein kann. So kann es entweder nicht gelungen sein, einen unbekanntes Täter zu identifizieren. Ebenso werden Fälle erfasst, in denen bei einem bekannten Täter ein Tatnachweis nicht mit der zur Anklageerhebung ausreichenden Sicherheit geführt werden konnte. Schließlich werden unter der Rubrik „Einstellungen“ auch solche nach den Opportunitätsvorschriften der StPO (§§ 153–154e, 376 StPO) bzw. den Diversionsvorschriften nach dem JGG (§ 45 JGG) erfasst.

c) Soweit in Fällen einer erfolgten Anklageerhebung keine Verurteilung erfolgt ist, kann dies darin begründet sein, dass entweder das jeweilige Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist, das Verfahren in der Hauptverhandlung nach Opportunitätsvorschriften der StPO bzw. nach der Diversionsvorschrift des JGG (§ 47 JGG) oder schließlich nach § 154f StPO wegen unbekanntes Aufenthalts des Angeklagten (vorläufig) eingestellt wurde. Ebenso werden Fälle eines Freispruchs in der entsprechenden Rubrik „Verurteilungen“ der oben stehenden Tabelle nicht ausgeworfen.

4. In wie vielen Fällen kam es nach Kenntnis der Staatsregierung seit dem Jahr 2000 in Bayern zur Anzeige wegen des Verdachts antisemitischer Straftaten im Internet, und in wie vielen Fällen kam es seitdem zur Verurteilung (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Vorbemerkung:

Erst mit Einführung des Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ bei den Polizeidienststellen und des damit einhergehenden „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) zum 01.01.2001 wurde bundesweit eine verlässliche Datenbasis geschaffen, die eine differenzierte Auswertung und Lagerdarstellung als Grundlage für effiziente präventive und repressive Maßnahmen ermöglicht. Es wurden Instrumente entwickelt, die im Zuge der Sachverhaltserforschung eine qualifizierende und abgestufte Bewertung und somit Aussagen zu Deliktsqualität, Themenfeldern, Phänomenbereichen, internationalen Bezügen und extremistischen Ausprägungen zulassen.

Aus den genannten Gründen können Aussagen zum Tatjahr 2000 nicht getroffen werden.

Eine Auswertung nach der Tatörtlichkeit bzw. dem Tatmittel „Internet“ erbrachte das in der nachfolgenden Tabelle (Auswertestand: 15.09.2015) ausgewiesene Ergebnis:

(Anm: In der zweiten Spalte werden die vom Bayerischen Landeskriminalamt im Rahmen einer Datenrecherche ermittelten Verfahren aufgeführt; den Spalten 3-5 kann entnommen werden, ob die Fälle im Geschäftsbereich einem staatsanwaltschaftlichen Verfahren zugeordnet werden konnten und in wie vielen Fällen ggf. eine Verurteilung erfolgte.)

Jahr	Fälle	bei StA festgestellt	davon Fälle mit Verurteilung	Seitens der StA nicht zuzuordnen
2000	–	–	–	–
2001	14	1	0	13
2002	6	0	0	6
2003	12	0	0	12
2004	12	0	0	12
2005	7	1	0	6
2006	13	0	0	13
2007	20	3	1	17
2008	20	2	1	18
2009	24	4	3	20
2010	26	26	9	-
2011	24	24	8	-
2012	36	36	5	-
2013	25	25	4	-
2014	51	51	11	-
2015	15	13	4	2

Ergänzende Anmerkungen/Erläuterungen:

a) Auch hier erfolgte im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz die Abklärung, in wie vielen Fällen der vom Bayerischen Landeskriminalamt im Rahmen einer Datenrecherche ermittelten Verfahren eine Verurteilung erfolgte, ausschließlich anhand des Datenbestandes.

b) Bezogen auf die Jahre 2001 bis 2009 konnten von den im Rahmen der Datenrecherche vom Bayerischen Landeskriminalamt übermittelten Fällen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz nur vereinzelt Verfahren festgestellt werden. Dies ist in erster Linie mit den geltenden Regeln über Aufbewahrungs- und Lösungsfristen zu erklären.

c) Von den für die Jahre 2010 bis 2013 mitgeteilten Verfahren ist klarstellend darauf hinzuweisen, dass insgesamt neun Ermittlungsverfahren an außerbayerische Staatsanwaltschaften abgegeben wurden. Der weitere Verlauf dieser Verfahren ist hier daher nicht bekannt.

d) Soweit im Jahr 2015 zwei Verfahren keinem staatsanwaltschaftlichen Aktenzeichen zugeordnet werden können, liegt dies darin begründet, dass die entsprechenden Strafanzeigen noch nicht den zuständigen Staatsanwaltschaften vorgelegt wurden.

5. Wie bewertet die Staatsregierung die in verschiedenen Studien (u. a. auch im Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus von 2011, Bundestags-Drucksache 17/7700) nachgewiesene weite Verbreitung (latent) antisemitischer Einstellungsmuster in der Gesamtbevölkerung – insbesondere auch in Bayern (siehe Vorbemerkung)?

„Antisemitismus“ als das Kernelement der gegen jüdische Menschen gerichteten (rechtsextremistischen) rassistischen Phobie stellt, namentlich nach den deutschen Erfahrungen mit dem NS-Regime und dem auf die Vernichtung des europäischen Judentums zielenden Holocaust, den wesentlichen Bestandteil der einschlägigen prinzipiell inhumanen Haltungen, Auffassungen, Agitationen und Verunglimpfungen dar. Sämtliche Erscheinungen und Ausdrucksformen des Antisemitismus, wo und wie auch immer gegeben, sind präventiv wie auch in der unmittelbaren Auseinandersetzung sehr ernst zu nehmen. Dem Phänomen des Antisemitismus insgesamt kann allerdings nur dann wirksam begegnet wer-

den, wenn sein Auftreten in seiner vollen, heute gegebenen Bandbreite umfassend wahr und ernst genommen wird. Das erfordert auch ein methodisch sehr differenziertes Vorgehen:

Neben dem Antisemitismus als Kernelement sind vor allem der historische Antijudaismus, ferner der Antizionismus und der Antisraelismus zu sehen. Nur die Berücksichtigung eben der Bandbreite dieser Dimensionen verhindert, dass Schlussfolgerungen dem komplexen Thema nicht ausreichend Rechnung tragen.

Die mit diesen Begriffen verbundenen unterschiedlichen Schwerpunktbildungen korrelieren mit bestimmten Konstellationen politischer, kultureller, ethnischer und auch religiöser Provenienz in der heutigen Gesellschaft. Die in der Schriftlichen Anfrage genannte Studie (ausführlich in: Die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig) bezieht sich auf antijüdische Stereotype und subsummiert diese unter den Begriff des „Antisemitismus“.

Die dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst derzeit vorliegenden Stellungnahmen der „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ über konkrete Wahrnehmungen weisen bemerkenswerterweise Befunde gerade im genannten spezifischen Bereich des Antisraelismus auf.

Vor diesem Hintergrund erscheint es angezeigt, das Gesamtphänomen soziologisch, kulturell und politisch differenziert und in Verbindung mit aktuellen politischen Geschehnissen zu analysieren und zu bewerten – so ist zum Beispiel die Aussage von Frau Bundeskanzlerin Merkel 2008 vor der Knesset, die Sicherheit Israels sei Teil deutscher Staatsräson, zu sehen.

Der herkömmliche, rassistische Antisemitismus bleibt bei allen Veränderungen und Entwicklungen zentraler Gegenstand der Betrachtung wie der politisch-historischen und ethischen Aufklärung, allerdings jeweils eingefügt in den Gesamtbereich antijüdischer Phobien.

5.1 Welche konkreten Gegenmaßnahmen hat die Staatsregierung angesichts dieser Befunde ergriffen?

Der Staatsregierung ist es ein Anliegen von höchster Priorität, (Rechts-)Extremismus und Antisemitismus sowie Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und Minderheiten entgegenzutreten beziehungsweise (Rechts-)Extremismus und dabei gerade Antisemitismus durch umfassende Bildung und die Erziehung zu Demokratie vorzubeugen.

Gemäß dem Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus (2009) wurden Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz benannt, die an den neun staatlichen Schulberatungsstellen angesiedelt sind. Diese können von den Schulen auch und gerade im Falle von antisemitischen Schüleräußerungen in Anspruch genommen werden. Neben Einzelfallgesprächen arbeiten die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz insbesondere aber auch präventiv. Sie können von den Schulen in Bayern zum Beispiel als externe Experten eingeladen werden. Im Rahmen etwa von Workshops oder Vorträgen informieren sie unter anderem über neueste Entwicklungen im Bereich des (Rechts-)Extremismus und auch über aktuelle Ausprägungsformen des Antisemitismus.

Des Weiteren gibt es entsprechend dem oben genannten zentralen Anliegen der Staatsregierung eine Vielzahl und Vielfalt von Projekten zur Stärkung von Demokratie und

Toleranz sowie insbesondere auch zur Bekämpfung von antisemitischen bzw. antisraelischen Positionen, Denk- und Handlungsweisen. Dies geschieht zum einen in unmittelbarer Benennung des thematischen Zusammenhangs v. a. im Rahmen der bayerisch-israelischen Bildungszusammenarbeit, zum anderen im Rahmen einer zeithistorischen Bildungsarbeit, deren Ertrag in jedem Falle die Bekämpfung der hier in Rede stehenden Extremismen ist; hierzu zählt v. a. die Arbeit in und mit den KZ-Gedenkstätten, die von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit organisiert und koordiniert wird. Eine Zusammenstellung von exemplarischen Projekten zur Stärkung von Demokratie und zur Bekämpfung von Antisemitismus und Antisraelismus, die von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Rahmen ihres Auftrages eigenständig durchgeführt werden, findet sich in Anlage 5.1.

Des Weiteren werden seitens der Staatsregierung viele weitere im hier in Rede stehenden Zusammenhang Projekte initiiert und unterstützt wie etwa das Bildungsprojekt „mehrwert Demokratie“ des auch vom Bayerischen Landtag geförderten Wertebündnisses Bayern. In Workshops finden Kinder und Jugendliche ihren eigenen Zugang zur Demokratie und erleben eine demokratische Gemeinschaft am Lernort Schullandheim. Dazu exemplarisch aus seiner konkreten Praxis: Im Schullandheim Vorrath wird ein Wochenkurs vor allem für zehnte Klassen zum Thema „Demokratie und Extremismus“ angeboten. In dessen Rahmen setzen sich die Schülerinnen und Schüler unter anderem einerseits mit islamischem Fundamentalismus und Rechtsextremismus auseinander, lernen andererseits in Gesprächen mit Vertretern der Israelitischen Kultusgemeinde über das jüdische Leben in Bayern und kochen etwa an einem Abend gemeinsam koscheres Essen.

6. Inwiefern spielt die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus – über die historisch-politische Bildung hinaus – in den Lehrplänen der bayerischen Schulen eine Rolle?

Grundsätzliche Vorbemerkung:

Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst legt großen Wert auf ein Bildungsverständnis, das über bloße Wissensvermittlung hinausreicht und im Sinne der Persönlichkeitsbildung den ganzen Menschen im Blick hat. Zu den zentralen schulart- und fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungszielen, denen alle Lehrkräfte an den Schulen in Bayern verpflichtet sind, gehört, dass die Schülerinnen und Schüler im Kontext weltanschaulicher Pluralität verantwortete Toleranz entwickeln und fähig zur verständigen Begegnung mit anderen Religionen und Kulturen sowie zur Argumentation in einem konstruktiven Dialog zu Politik und Gesellschaft sind. Die jungen Menschen werden insbesondere durch Werteerziehung, soziales Lernen und politische und interkulturelle Bildung auf ihre spätere Rolle als verantwortungsbewusste Bürger vorbereitet, die auf der Grundlage der Wertschätzung der Würde des Menschen zu Ambiguitätstoleranz fähig sowie zu einem friedlichen Zusammenleben und gewaltloser Konfliktlösung bereit sind.

In diesem übergreifenden Zusammenhang ist einerseits die differenzierte Thematisierung aller Weltreligionen wie auch die der jüdischen Geschichte verbindlich in den Fachlehrplänen für alle weiterführenden Schulen Bayerns verankert. Dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst ist dabei im Hinblick auf Antisemi-

tismusprävention insbesondere die fundierte Vermittlung der jüdischen und jüdisch-deutschen Geschichte im Unterricht ein sehr wichtiges Anliegen. Die Erziehung zu Demokratie und Extremismusprävention kann aber nur gelingen, wenn man sich andererseits auch mit der Entstehung und Ausbreitung extremistischer Ideologien und rassistischer Ressentiments, wozu auch aktuelle Ausprägungsformen des Antisemitismus zählen, auseinandersetzt.

Von besonderer Bedeutung sind die genannten Themen insbesondere in den Unterrichtsfächern Religion, Ethik, Geschichte und Soziakunde (vgl. auch die tabellarische Übersicht zu den genannten Themen in den Fachlehrplänen der weiterführenden Schulen in Anlage 6). In den Fächern Religion und Ethik werden an den Schulen in Bayern Grundlagen jüdischen Glaubens, Lebens und jüdischer Kultur und Geschichte behandelt. Auch die Verfolgung der Juden und (aktuelle) Formen des Antisemitismus sind hierbei als Themen eingeschlossen. In den Soziakundelehrplänen werden der politische Extremismus und Fundamentalismus, bei deren Thematisierung auch der Antisemitismus eine zentrale Rolle spielt, im Rahmen von Herausforderungen der Demokratie und der wehrhaften Demokratie sowie auf der Folie der Bedeutung des Grundgesetzes und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Unterricht behandelt. Im Geschichtsunterricht der weiterführenden Schulen nehmen jüdische Geschichte, das NS-Regime und die Shoa einen zentralen Stellenwert ein. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich eingehend mit der menschenverachtenden Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus und der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden auseinander; zentrales Thema ist in diesem Zusammenhang auch der unverzichtbare Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte. Problematisierungen und Aktualisierungen sind zudem zentrale Bestandteile des Geschichtsunterrichts, das heißt, bei der Behandlung geschichtlicher Themen im Unterricht wird auch jeweils die Gegenwart in angemessener Weise mit in den Blick genommen. Im gymnasialen Geschichtslehrplan der Jahrgangsstufe 9 ist beispielsweise verankert, dass sich die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Unterrichtssequenz „Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg“ auch mit der „Auschwitz-Lüge“ als Geschichtsfälschung und leider immer noch aktueller Ausprägungsform des Antisemitismus befassen. Bei der Behandlung der (historischen) Entwicklung des Nahostkonflikts im Geschichtsunterricht muss selbstverständlich auch auf Antisraelismus, Antizionismus und Antisemitismus rekuriert werden.

Darüber hinaus lassen die Fachlehrpläne aller Fächer den Lehrkräften hinreichend Gestaltungsräume, um auf aktuelle, hier einschlägige gesellschaftspolitische Ereignisse, Themen und Entwicklungen zu reagieren, diese aufzugreifen und im Unterricht zu thematisieren. Beispielsweise können im Deutsch- und Fremdsprachenunterricht literarische Texte und Sachtexte zum Thema „Antisemitismus“ ausgewählt werden. Der Soziakundeunterricht ist selbstverständlich in besonderem Maße gemäß dem Aktualitätsprinzip aktuellen Entwicklungen und Ereignissen, die im Unterricht aufgegriffen werden sollen, verpflichtet. Lehrkräfte greifen hier zum Beispiel unter anderem auf sog. politische Wochenberichte zurück.

Über den Fachunterricht hinaus haben die Schulen bewusst Gestaltungsräume, um sich – gemäß der fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele – auch mit aktuellen (gesellschaftspolitischen) Themen und Entwicklungen

wie beispielsweise aktuellen antisemitischen Erscheinungsformen zu befassen. Dies kann zum Beispiel im Rahmen von Projekt- und Studientagen, Jahrgangsstufenprojekten, Informations- und Themenabenden, Exkursionen, „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, der Einrichtung von entsprechenden Wahlkursen u. v. m. geschehen.

Der neue LehrplanPLUS, der in den kommenden Jahren sukzessive implementiert wird, basiert auf dem Verständnis von Kompetenzen als fachspezifischen und fächerübergreifenden Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Wissen, Können und Haltungen miteinander verknüpfen. In der besonderen Berücksichtigung der Kompetenzorientierung besteht die zentrale Neuerung gegenüber den aktuell gültigen Lehrplänen aller Fächer. Während Wissen in einer einzelnen Unterrichtsstunde vermittelt werden kann, ist der Aufbau und Erwerb von Kompetenzen nur in größeren Lerneinheiten möglich. Die Schülerinnen und Schüler werden in selbstreflektierten Lernprozessen und bei dem Entwickeln sozialer Haltungen und Einstellungen bestmöglich unterstützt. Gerade die innovative Akzentuierung der Kompetenzorientierung trägt der Rassismus- und Antisemitismusprävention in noch höherem Maße als bisher Rechnung.

6.1 Inwieweit ist die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus – über die historisch-politische Bildung hinaus – Teil des Lehrcurriculums in der Lehreraus- und fortbildung?

Ziel der Lehrerbildung, die aus Studium und Vorbereitungsdienst besteht und in der Regel je nach Lehramt zwischen 6 und 8 Jahre in Anspruch nimmt, ist es, eine ethische Grundhaltung zu vermitteln, sodass zukünftige Lehrkräfte dazu in die Lage versetzt werden, sich mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus kritisch auseinanderzusetzen und auf aktuelle Ereignisse in diesem Zusammenhang in ihrem Unterricht richtig reagieren zu können. So ist in Art. 1 Bayerisches Lehrerbildungsgesetz festgelegt, dass Vorbildung und Ausbildung sich an den Bildungszielen der Verfassung des Freistaates Bayern orientieren müssen. Diese sind unter anderem Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen sowie eine Erziehung im Geiste der Demokratie und im Sinne der Völkerversöhnung.

In der ersten Phase der Ausbildung für alle Lehrämter und Fächerverbindungen können die beschriebene ethische Grundhaltung und eine Sensibilisierung für das Thema Antisemitismus am besten im Rahmen des Erziehungswissenschaftlichen Studiums erfolgen. So gibt das Kerncurriculum, welches die inhaltlichen Prüfungsanforderungen für die Erste Staatsprüfung bezüglich des § 32 LPO I „Erziehungswissenschaften“ präzisiert, im Bereich Allgemeine Pädagogik die Themen „Werteerziehung und Wertewandel“ und „Erziehungsziele: Reflexion und Begründung“ vor. Im Bereich Schulpädagogik wird die „Gestaltung von Bildungs- und Erziehungsprozessen unter besonderer Berücksichtigung der interkulturellen Dimension“ gefordert.

Damit soll zukünftigen Lehrkräften in der ersten Phase der Lehrerbildung das notwendige Rüstzeug an die Hand gegeben werden, einerseits im Rahmen des Erziehungsauftrags präventiv Fremdenhass und speziell Antisemitismus vorzubeugen als auch mit konkreten Problemstellungen umzugehen.

Selbstverständlich erfahren die Bereiche Grundwissen über das Judentum, die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie Fachwissen über Antisemitismus im Rahmen

des Studiums der einschlägigen Fächer Ethik, Geschichte, Religionslehre und Sozialkunde eine besondere Behandlung.

Im Rahmen der zweiten Staatsprüfung legen Prüfungskandidaten aller Schularten nach § 20 Abs. 1 Satz 2 Lehramtsprüfungsordnung II eine mündliche Prüfung im Fach Schulrecht und Schulkunde sowie Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung ab. Die Ausbildung im Fachbereich Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung während des gesamten zweijährigen Vorbereitungsdienstes ist verpflichtend für alle Referendare, unabhängig von ihrer Fächerverbindung. Die Ausbildung soll die angehenden Lehrer befähigen, den Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus ihrem Eid auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und auf die Verfassung des Freistaates Bayern ergeben. Die Ziele der Ausbildung im Fach Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung werden beispielsweise im entsprechenden Ausbildungsplan für das Lehramt an Gymnasien folgendermaßen beschrieben: „Insgesamt will das Fach einen Beitrag leisten, politische Grundkenntnisse zu systematisieren und zu vertiefen, Werthaltungen zu vermitteln, demokratische Verhaltensweisen einzuüben, soziale Verantwortung nahezubringen und Bereitschaft zum Einsatz für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates zu erreichen. Unter Beachtung der Ausbildungsziele setzt der Seminarlehrer/die Seminarlehrerin unter den Ausbildungsinhalten Schwerpunkte, arbeitet exemplarisch und „bestimmt [...] unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Lage die Reihenfolge“. Ausbildungsinhalte sind nach dieser Ausbildungsordnung unter anderem „der unveränderliche Wesenskern des Grundgesetzes (Grundrechte, Rechtsstaat, Sozialstaat, Bundesstaat, Demokratie)“ sowie „Politische Ideologien (z. B. Nationalismus, Faschismus [...]“.

Die Ausbildung im Vorbereitungsdienst, speziell im Fach Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung, befähigt zukünftige Lehrkräfte, sich kritisch mit Fremdenhass und Antisemitismus auseinanderzusetzen, sich als Vertreter des Staates für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen und bei der Erziehung der nachwachsenden Generation entsprechende Werthaltungen zu vermitteln.

Für die Fortbildung bayerischer Lehrkräfte existiert kein Lehrcurriculum oder ein Katalog an Veranstaltungen, die als einzige den Charakter von Lehrerfortbildungen für bayerische Lehrkräfte erfüllen könnten. Vielmehr werden den Lehrkräften Veranstaltungen sowohl von Einrichtungen der staatlichen Lehrerfortbildung auf zentraler, regionaler, lokaler Ebene sowie durch die Einzelschulen als auch von sog. externen Anbietern unterbreitet, deren Spannweite von Universitäten über Berufsverbände, Stiftungen, Verbände und Non-Profit-Einrichtungen bis zu kommerziellen Anbietern reicht.

Für die staatliche Lehrerfortbildung wird alle zwei Jahre ein Schwerpunktprogramm erarbeitet, das als Orientierungsrahmen dient. Fortbildungsschwerpunkte im aktuell gültigen Schwerpunktprogramm für die Jahre 2015 und 2016 sind im Bereich von „Persönlichkeitsbildung und soziales Lernen“ u. a. „Interkulturelles und interreligiöses Lernen“ sowie „Politische Bildung und Demokratieerziehung“. Damit wird erkennbar, dass die staatliche Lehrerfortbildung über einschlägige Veranstaltungen darauf hinarbeitet, Lehrkräfte für ihre bedeutsame Rolle bei der Vermittlung von Einstellungen und Haltungen junger Menschen zu sensibilisieren und sie hierfür zu schulen.

Um Präventionsarbeit gegen antisemitische Haltungen unter Kindern und Jugendlichen zu leisten, wird den Lehrkräften eine große Palette an Veranstaltungen angeboten, ohne dass notwendigerweise das Stichwort „Antisemitismus“ im Titel oder in der Lehrgangsbeschreibung ausdrücklich erscheinen muss. Gerade im Bereich der Entwicklung von Einstellungen und Haltungen erscheint es sinnvoll, das Phänomen „Antisemitismus“ zu kontextualisieren, sodass Fachkenntnisse und Handlungskompetenzen übergreifend vermittelt werden, um möglichen antisemitischen Überzeugungen grundlegend zu begegnen. Nach Auffassung des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird deshalb am besten durch die bestehenden, vielfältigen Zugänge zum Thema Präventionsarbeit geleistet, etwa indem Lehrkräfte vertiefte Informationen zur Geschichte des Nahost-Konflikts, zur jüdischen Kultur und Tradition oder zum Nationalsozialismus erhalten, sowie zu den Themen Toleranz oder interreligiöser Dialog fortgebildet werden.

Um Lehrkräften einen Überblick über die verfügbaren Veranstaltungen zu gewähren, besteht seit mehreren Jahren die Datenbank FIBS (Fortbildung in bayerischen Schulen), in der Lehrkräfte nach für sie interessanten Veranstaltungen recherchieren können. Veranstaltungszahlen staatlicher und externer Anbieter, die eine Abfrage für den Zeitraum ab Januar 2014 erbrachte, finden sich in Anlage 6.1.

7. Inwiefern wird die in einem gemeinsamen Antrag der Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von 2013 (Drucksache 17/13885) genannte Forderung, die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendienste „effektiv für das Thema Antisemitismus zu sensibilisieren“, in Bayern umgesetzt (ggf. bitte konkrete Aus-/Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen nennen)?

a) Polizeibehörden

Der Themenkomplex „Rechtsextremismus/Fremdenfeindlichkeit“ und Antisemitismus mit den entsprechenden Präventionsansätzen wird in der Aus- und Fortbildung der Bayer. Polizei umfassend und fächerübergreifend behandelt. Die Beamten werden nicht nur rechtlich geschult und mit entsprechendem Hintergrundwissen ausgestattet, sondern durch sog. persönlichkeitsbildende Unterrichtsfächer wie „Politische Bildung/Zeitgeschichte“ und „Berufsethik“ auch sensibilisiert. In den Fächern „Soziologie“ und „Psychologie“ wird auf die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens und auf die Entstehung von Vorurteilen eingegangen.

Im Rahmen von Projekttagen und Exkursionen zu KZ-Gedenkstätten, dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg oder zum „Memorium Nürnberger Prozesse“ setzen sich unsere jungen Beamten im Rahmen ihrer Ausbildung vertieft mit dem Verhältnis von Polizei und Nationalsozialismus und den heutigen Formen des Antisemitismus auseinander.

Spezifische Fortbildungsangebote der Bayer. Polizei vertiefen bedarfsorientiert das vorhandene Wissen.

Bei der Bayer. Polizei wird sowohl in der Ausbildung wie auch in der Fortbildung großer Wert auf Aktualität gelegt. Jüngste Ereignisse und neueste Erkenntnisse zu gesellschaftlichen Entwicklungen und insbesondere aus dem Bereich des Rechtsextremismus werden dabei diskutiert und in Bezug zur polizeilichen Aufgabenstellung

gebracht. Natürlich gilt dies im Besonderen auch für die Verbrechen des NSU und deren Aufarbeitung.

Durch Einbindung von Fachstellen, insbesondere der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE), fließen die aktuellsten Erkenntnisse zum Bereich des Rechtsextremismus in die Aus- und Fortbildung ein.

Zudem steht in den polizeiinternen Medien ein umfangreiches Informationsangebot zum Thema Rechtsextremismus allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereit.

b) Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV)

Die fachspezifische Fortbildung insbesondere für die im Phänomenbereich Rechtsextremismus eingesetzten Mitarbeiter/-innen befasst sich regelmäßig auch mit dem Antisemitismus als wesentlichem Element des Rechtsextremismus. Von 2013 bis August 2015 haben ca. 35 Mitarbeiter/-innen der Abteilung Rechtsextremismus und -terrorismus des BayLfV solche Fortbildungsveranstaltungen (meist an der Akademie für Verfassungsschutz – AfV) besucht.

Im Bereich Linksextremismus ist der Antisemitismus kein regelmäßiger Schulungsinhalt. Allerdings gibt es an der AfV aber einen separaten Lehrgang „Antisemitismus – ideengeschichtliche Entwicklung und Erscheinungsformen im Islamismus, Links- und Rechtsextremismus“, den auch bereits mehrere Mitarbeiter/-innen des BayLfV besucht haben.

Im Rahmen der Seminare zum Islamismus an der AfV ist das Thema Antisemitismus wiederum fester Bestandteil. Auch zu diesen Seminaren entsendet das BayLfV regelmäßig die Mitarbeiter/-innen, die mit diesem Phänomenbereich befasst sind.

Die Staatsschutzlehrgänge des Fortbildungsinstituts der Bayerischen Polizei (BPFI), in denen auch das BayLfV seine Mitarbeiter/-innen fortbildet, behandeln den Antisemitismus ebenfalls.

Aber auch Mitarbeiter/-innen, die andere Beobachtungsbereiche bearbeiten, werden im Rahmen von Fortbildungen (z. B. Einführungs- und Anpassungsfortbildungen) mit dem Thema Antisemitismus konfrontiert.

Das BayLfV und insbesondere die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE), welche im BayLfV organisatorisch angesiedelt ist, tragen ihrerseits zur Sensibilisierung, insbesondere von Polizeibeamten, in der Aus- und Fortbildung bei:

So hat die BIGE seit ihrer Einrichtung im Frühjahr 2009 bisher mehr als 210 entsprechende Informationsveranstaltungen durchgeführt. Etwa die Hälfte dieser Veranstaltungen (jeweils drei Unterrichtseinheiten) diente der Ausbildung von Beamtinnen und Beamten der Bayerischen Polizei in der 2. Qualifizierungsebene, die in umfassenden Vorträgen u. a. über taktische und soziale Aspekte im Umgang mit Rechtsextremisten geschult wurden. Das Aktionsfeld Antisemitismus ist dabei fester Bestandteil der Unterweisung.

Die BIGE hat außerdem mit insgesamt 46 Vorträgen (jeweils vier Unterrichtseinheiten mit anschließender Ausstellungsbesichtigung) in den Ausbildungsseminaren der Bayerischen Polizei in der Zeit von Oktober 2013 bis November 2014 die auch vom Bayerischen Bündnis für Demokratie und Toleranz angeregte Wanderausstellung „Ordnung und Vernichtung – Polizei im NS-Staat“ beglei-

tet. Schwerpunkt dieser Vorträge mit dem Thema „Polizei – Nationalsozialismus damals/Rechtsextremismus heute – Wesensgleichheit der ideologischen Grundlagen“ waren die Erscheinungsformen des Antisemitismus heute.

Darüber hinaus hat die BIGE in bisher über 30 Vorlesungen (als fester Bestandteil jedes Studienjahrganges und im Auftrag des BayLKA) an der FHVR – Fachbereich Polizei – zum Thema „Politisch motivierte Kriminalität“ informiert. Der inhaltliche Schwerpunkt der Vorlesung liegt auf der „Hasskriminalität“ (u. a. fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten). Um der Bedeutung des Themas für den polizeilichen Alltag Rechnung zu tragen, ist die „Hasskriminalität“ an der FHVR inzwischen auch prüfungsrelevant.

Zur Fortbildung für die 3. Qualifizierungsebene der Bayerischen Polizei an der FHVR stellen sich auch, soweit es die personellen Kapazitäten erlauben, Politologen/Politologinnen der Fachabteilung Rechtsextremismus des BayLfV zur Verfügung.

Politologen/Politologinnen bzw. Islamwissenschaftler/-innen der Fachabteilung Islamismus/Ausländerextremismus des BayLfV erläutern bei ihrer externen Vortragstätigkeit ausdrücklich auch die Problematik des Antisemitismus als Teil der grundlegenden Ideologie zahlreicher islamistischer und sonstiger ausländerextremistischer (v. a. türkisch-rechtsextremistischer) Bewegungen. Adressaten dieser Vorträge sind derzeit schwerpunktmäßig Lehrer, Justizvollzugsanstalten und das BPFI.

Das Thema Antisemitismus ist auch Gegenstand der Vorträge von Mitarbeitern der Stabsstelle des BayLfV (Öffentlichkeitsarbeit). Dies gilt für alle betroffenen Phänomenbereiche (Rechts- und Linksextremismus, Islamismus). Solche Vorträge (mindestens jeden zweiten Monat) finden in erster Linie beim BPFI statt, aber auch im Rahmen von Informationsveranstaltungen an Schulen, im Rahmen des „Lernorts Staatsregierung“ oder dem „Werbündnis Bayern“.

c) Strafverfolgungsbehörden

Für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz werden die Fragen 7 und 7.1 wegen Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet (siehe zu 7.1).

7.1 Inwiefern wird der Empfehlung des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (Bundestags-Drucksache 17/7700) nach einer „stärkere[n] Fokussierung der Justizbehörden auf den Antisemitismus als ein eigenständiges Phänomen“ in Bayern – z. B. in Form von entsprechenden Fortbildungsangeboten – Rechnung getragen (ggf. bitte konkrete Aus-/Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen nennen)?

a) Die Problematik des Antisemitismus fließt im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz regelmäßig in verschiedene Fortbildungsveranstaltungen ein, insbesondere in solche zu den Themen „Rechtsradikalismus“ und „Extremismus“.

In diesem Zusammenhang kann zunächst auf die Antworten der Staatsregierung

a) vom 05.12.2014 auf die Fragen 4, 4.1–4.4 des Fragestellers Dr. Sepp Dürr betreffend die Schriftliche Anfrage „Justiz und Rechtsextremismus (2)“ vom 18.08.2014 (LT-Druck 17/3555) und

b) vom 04.04.2012 auf die Fragen 1.1 und 1.2 des Fragestellers Dr. Sepp Dürr betreffend die Schriftliche Anfrage „Rechtsextreme Aktivitäten in Bayern identifizieren“ vom 09.01.2012 (LT-Drucks 16/11791) verwiesen werden.

Daneben zielen aber auch Fortbildungsangebote zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz auf eine Sensibilisierung für gegenwärtige Gefahren ab. Zu nennen sind insbesondere die einschlägigen Tagungen an der Deutschen Richterakademie, die Richterinnen und Richtern wie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten aus Bayern zur Teilnahme offenstehen. So fanden im Jahr 2015 dort z. B. folgende Tagungen statt:

- Die nationalsozialistische Justiz und ihre Aufarbeitung (30.08.–05.09.2015)
- Zwischen Recht und Unrecht – Deutsche Justizgeschichte im 20. Jahrhundert (27.09.–02.10.2015)

b) Nachdem Straftaten mit antisemitischem Hintergrund als Teilbereich der politischen Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften den Staatsschutzreferenten und damit erfahrenen Staatsanwälten zugewiesen sind, ist sichergestellt, dass die Verfahren mit der erforderlichen Sensibilisierung bearbeitet werden.

c) Auch die Staatsschutzreferenten nehmen nicht nur das oben unter lit. a) erwähnte Fortbildungsangebot wahr, sondern nehmen – soweit dies regional angeboten wird – auch an Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen eines „Erfahrungsaustausches“ teil.

aa) Ein solcher „Erfahrungsaustausch“ der Staatsschutzreferenten untereinander fand beispielsweise im Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft München zuletzt am 12.02.2015 statt, in dessen Rahmen Einzelthemen zu verschiedenen Phänomenbereichen erörtert wurden.

d) Schließlich findet auch regelmäßig ein (institutionalisierter) Erfahrungsaustausch zwischen den mit Staatsschutzsachen betrauten Referenten der Staatsanwaltschaften einerseits und Vertretern der polizeilichen Staatsschutzdienststellen (Kriminalpolizei und Landeskriminalamt) sowie des Landesamtes für Verfassungsschutz andererseits statt.

8. Inwiefern unterstützt und fördert die Staatsregierung zivilgesellschaftliche Projekte, die sich explizit gegen aktuelle Ausprägungen des Antisemitismus wenden (ggf. einzelne Projekte und Fördersummen auflisten)?

Der Staatsregierung ist es ein grundsätzliches Anliegen, Extremismus und Antisemitismus entgegenzutreten beziehungsweise diesen präventiv zu begegnen, was sich unter anderem auch darin dokumentiert, dass das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst Mitglieder des Bayerischen Bündnisses für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde sind und es finanziell mittragen. Dessen explizites Ziel ist es, rechtsextreme, rassistische und antisemitische Einstellungen, Haltungen und Handlungen zu bekämpfen.

Entsprechend der genannten Anliegen und Ziele unterstützt die Staatsregierung auch eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Projekte, die sich auf unterschiedliche Weise

(unter anderem) gegen aktuelle Ausprägungen des Antisemitismus wenden. Die Unterstützung derartiger zivilgesellschaftlicher Projekte wird insbesondere von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst) geleistet.

Diese arbeitet mit Akteuren außerhalb des unmittelbaren staatlichen Bereichs in zweifacher Weise zusammen, zum einen in der Form vertraglich fundierter Kooperationen, zum anderen im Rahmen von institutionellen Förderungen. Kooperationen bzw. Kooperationsveranstaltungen bedeuten zwingend, dass sich die Landeszentrale inhaltlich, konzeptionell und organisatorisch an dem jeweils in Rede stehenden Projekt beteiligt; es kann dann auch zusätzlich eine finanzielle Beteiligung vereinbart werden.

Die Darstellung der institutionellen Fördermaßnahmen dokumentiert ein im Wesentlichen finanzielles Engagement, dem die Prüfung der Antragstellungen der nicht-staatlichen Organisation vorausgeht:

Kooperationsveranstaltungen 2014/2015

- **Aufführung des Ein-Personen-Stücks „Ein ganz gewöhnlicher Jude“ von Charles Lewinsky** durch den Schauspieler Matthias Klösel an verschiedenen bayerischen Schulen, gefolgt jeweils von einer Diskussion des Schauspielers mit den Schülerinnen und Schülern. Eine zusätzliche Nachbesprechung wird durch die Lehrkräfte in den beteiligten Klassen und Kursen durchgeführt. Das Stück geht auf die Problematik jüdischer Identität im heutigen Deutschland ein. Es verhandelt die Schwierigkeiten einer oft nur scheinbaren Normalität zwischen Juden und Nichtjuden und macht auf bestimmte gesellschaftliche Rollenerwartungen und Klischees aufmerksam.

Kooperationspartner: Herr Matthias Klösel

Kooperationsbeitrag der Landeszentrale: 3.990,00 €

- **Zeitzeugengespräche – Gespräche zwischen ehemaligen KZ-Häftlingen des KZ Flossenbürg und bayerischen Jugendlichen**

Im Juli 2014 haben 16 meist jüdische – mittlerweile hochbetagte – Überlebende des KZ Flossenbürg im Rahmen von nahezu 40 einzelnen Gesprächsterminen mit schulischen und außerschulischen Gruppen Zeitzeugengespräche durchgeführt.

Kooperationspartner: Stiftung Bayerische Gedenkstätten

Kooperationsbeitrag der Landeszentrale: 18.000,00 €

- **Ausstellung BESA: Ein Ehrenkodex – Die Rettung von Juden durch Albaner zur Zeit des Holocaust**

Parallel zu der im Landtag gezeigten Ausstellung „BESA: Ein Ehrenkodex – Die Rettung von Juden durch Albaner zur Zeit des Holocaust“, die zeigt, wie einfache albanische Familien im Zweiten Weltkrieg Juden halfen und vor der Vernichtung retteten, haben sich drei bayerische Mittelschulen, unterstützt durch die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, im Vorfeld mit dieser Thematik intensiv auseinandergesetzt und die Ausstellung um eigene Beiträge ergänzt: Auch in ihrem regionalen Umfeld gab es mutige Menschen, die verfolgten Juden geholfen haben. Die Schülerinnen und Schüler haben die Geschichten von bayerischen „Gerechten unter den Völkern“ aus ihrem Umfeld als Vorbilder für eigenes Denken und Handeln entdeckt und im Rahmen der Eröffnung der „BESA-Ausstellung im Bayerischen Landtag“ präsentiert.

Kooperationspartner: Bayerische Mittelschulen

Kooperationsbeitrag der Landeszentrale: inhaltliche, konzeptionelle und organisatorische Unterstützung

• **ART WORKS – Junge israelische Kunst auf Welttournee**

Vom 10. bis 15. September 2014 verwandelten 290 israelische Künstler mit über 1.000 Werken die Münchner Praterinsel für sechs Tage in die größte jemals gezeigte (Verkaufs-)Ausstellung zeitgenössischer israelischer Kunst. Vorträge und Konzerte rundeten das Programm ab. Die Schirmherrschaft für diese Weltpremiere übernahmen Bayerns Kunstminister Dr. Ludwig Spaenle, Oberbürgermeister Dieter Reiter und Dr. Dan Shaham, Generalkonsul des Staates Israel. Weitere Partner waren die Deutsch-Israelische Wirtschaftsvereinigung (DIW), Auslandshandelskammern und die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Letztere setzte Akzente auf Gespräche rund um politische, kulturelle und kommerzielle Aspekte von Kunst: So zum Beispiel zum Thema Kunst und Politik – ein Gespräch zwischen dem Fotokünstler Ziv Koren und dem Filmkritiker und BR-Moderator Klaus Eder.

Kooperationspartner: Art Works

Kooperationsbeitrag der Landeszentrale: inhaltliche, konzeptionelle und organisatorische Unterstützung

• **Simon-Snopkowski-Preis**

Die Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition e. V. vergibt den Simon-Snopkowski-Preis im zweijährigen Rhythmus für besondere Leistungen auf dem Gebiet der Forschung zur jüdischen Geschichte und Kultur bzw. zum Holocaust mit besonderem Bezug zu Bayern. Schülerinnen und Schüler werden durch Recherchen in ihrem Umfeld dazu angeregt, sich auf Spurensuche zu begeben, und entwickeln dadurch ein Gespür für die Verankerung jüdischer Traditionen in ihrer Heimat, für die Leistungen bayerischer Jüdinnen und Juden, erfahren aber vielfach auch vom Leid und von Ausgrenzungserfahrungen jüdischer Menschen in Mitteleuropa über Epochen hinweg. Damit wird im schulischen Kontext projektbezogenen Präventionsarbeit gegen antisemitische Haltungen geleistet, ohne dass den Schülerinnen und Schülern dies notwendigerweise bewusst sein muss.

Kooperationspartner: Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition e. V.

Kooperationsbeitrag 2014: 2.500,00 €

• **Filmvorführung mit Diskussion: „Ohnmächtige Instanzen? - Claude Lanzmanns Film ‚Der letzte der Ungerechten‘ und die Rolle der ‚Judenräte‘ im Holocaust“**

Kooperationspartner: Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern

Kooperationsbeitrag: 1.000,00 €

• **„Music for Goals 2015“ – Konzertprojekt; Seminare, Workshops und Veranstaltungen zur interkulturellen Bildung**

Kinder und Jugendliche aus Brennpunktschulen und Einrichtungen der „Offenen Jugendarbeit“ arbeiteten in Musikworkshops im Zusammenwirken mit ihren Lehrkräften und Erziehern zu den Themen „Rassismus und Antisemitismus“. Ihre eigene Lebenswirklichkeit ist der Ausgangspunkt für das gemeinsame Lernen. In den Workshops

entwickelten die Teilnehmer Texte und Melodien, die zu den genannten Themenfeldern kongruent sind. Sie dokumentierten ihre Arbeit in Wort und Ton. Die Ergebnisse flossen ein in einen öffentlichen Konzertabend in der Muffathalle. Die beim Konzert mitwirkenden Künstler beteiligten sich in der Woche vor dem Konzerttermin an den Workshops. Zusammen mit den Kindern und Jugendlichen arbeiteten sie an den Grundlagenthemen und an ihrer musikalischen Umsetzung für das Konzert.

Kooperationspartner: TSV Maccabi München e. V.

Kooperationsbeitrag der Landeszentrale: 13.225,00 €

• **Lesung mit Diskussion „Dan Diner: Rituelle Distanz – Israels deutsche Frage“**

Kooperationspartner: Förderkreis Literatur zum Judentum

Kooperationsbeitrag der Landeszentrale: 732,00 €

• **Feierstunde zu Ehren von drei bayerischen „Gerechten unter den Völkern“ im Hubert-Burda-Saal der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern am 27. April 2015**

Die Landeszentrale hat Lehrkräfte und Schüler des Traunsteiner Chiemgau-Gymnasiums und der Poinger Realschule zu der Veranstaltung eingeladen und inhaltlich auf die Veranstaltung vorbereitet. Die Rettungsgeschichten, die bei dieser Veranstaltung erstmals öffentlich gewürdigt wurden, fanden in Poing und im Weiler Tinnering bei Traunstein statt. Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung hat die Landeszentrale für die Schülerinnen und Schüler einen Besuch in der Synagoge und im Jüdischen Museum organisiert.

Kooperationspartner: Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern

Kooperationsbeitrag der Landeszentrale: inhaltliche, konzeptionelle und organisatorische Unterstützung

• **Israel-Tag München 2015**

Der Israel-Tag ist eine Kooperationsveranstaltung mit ILI – I Like Israel e. V., einem eingetragenen, gemeinnützigen und überkonfessionellen Verein. In München beteiligen sich an dieser öffentlichen Großveranstaltung u. a. zahlreiche Repräsentanten der Kirche, der Jüdischen Gemeinde, des israelischen Generalkonsulats, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft usw. In den letzten Jahren konnten über 25 verschiedene Organisationen und Aussteller für diesen Tag gewonnen werden. Das Thema der Staatlichkeit Israels, der besonderen Beziehungen zwischen Bayern und Israel sowie die historischen Wurzeln dieser besonderen Nähe sind Grund und Gegenstand des Israel-Tages.

Kooperationspartner: ILI – I LIKE ISRAEL e. V.

Kooperationsbeitrag der Landeszentrale: 7.512,00 €

Institutionelle Förderungen 2014/15

Institution	2014	2015
	IST	SOLL
Stiftung jüdisches Kulturmuseum Augsburg-Schwaben	170.000	170.000
Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition	100.000	100.000
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Augsburg-Schwaben	4.401	5.000

Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Würzburg und Unterfranken e.V.	2.490	2.490
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit München-Regensburg	6.293	7.650
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Franken	4.200	4.200
Summe:	287.384 €	289.340 €

Darüber hinaus sind zum Beispiel für die Unterstützung des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ im Jahr 2015 aus dem Haushalt des Staatsministeriums für Ar-

beit und Soziales, Familie und Integration 200.000 € bereitgestellt worden (152.000 € im Jahr 2014; vgl. auch Bericht über die Umsetzung des Bayerischen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus vom November 2014).

Die Zahl der in ganz Bayern an dem Projekt teilnehmenden Schulen ist mittlerweile auf 332 Schulen (Stand: 27.08.2015) gestiegen. Die Förderung der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus durch das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration ist mittlerweile von 58.000 € im Jahr 2014 auf 80.000 € im Jahr 2015 gestiegen.

**Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
PMK-Straftaten mit antisemitischer Motivation**

Tatjahr: 2013

Tattag	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
07.01.2013	Bamberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.01.2013	Regensburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
10.01.2013	Gunzenhausen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.01.2013	Regensburg	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
21.01.2013	Kammeltal	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.01.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
28.01.2013	Kempten (Allgäu)	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
01.02.2013	Sulzbach-Rosenberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
02.02.2013	Deggendorf	223	StGB	Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.02.2013	Aschaffenburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.02.2013	Schonungen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.02.2013	Vilsbiburg	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.02.2013	Schweinfurt	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.02.2013	Neuötting	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
19.02.2013	Vilsbiburg	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
03.03.2013	Marktobersdorf	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
05.03.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.03.2013	Vierkirchen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.03.2013	München	241	StGB	Bedrohung	Nötigung/Bedrohung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.03.2013	Glonn	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.03.2013	Mertingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.03.2013	Kempten (Allgäu)	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.03.2013	Vaterstetten	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.03.2013	Hinterschmiding	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.03.2013	Nürnberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
02.04.2013	Neureichenau	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.04.2013	Burkardroth	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
11.04.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
15.04.2013	Kempten (Allgäu)	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
21.04.2013	Würzburg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.04.2013	Augsburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
24.04.2013	Kammeltal	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
03.05.2013	Schweinfurt	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
03.05.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
05.05.2013	Aschaffenburg	168	StGB	Störung der Totenruhe	Störung der Totenruhe	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
09.05.2013	Neubiberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.05.2013	Kirchhehrenbach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.05.2013	Schrobenhausen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
18.05.2013	Sonnen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
18.05.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

22.05.2013	Gerbrunn	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
24.05.2013	Osterhofen	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
25.05.2013	Kempten (Allgäu)	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
31.05.2013	München	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.06.2013	Nürnberg	223	StGB	Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.06.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
21.06.2013	Nördlingen	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
25.06.2013	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.06.2013	Nördlingen	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
27.06.2013	Fürth	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
29.06.2013	Altdorf b. Nürnberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
05.07.2013	Weiden	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.07.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.07.2013	Durach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.07.2013	Au i.d. Hallertau	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.07.2013	Schwanstetten	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.07.2013	Windsbach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
19.07.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.07.2013	Baldham	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.07.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.07.2013	Mainburg	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.07.2013	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
28.07.2013	Freising	224	StGB	Gefährliche Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.07.2013	Erlangen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
31.07.2013	Oberhaching	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
02.08.2013	Wörthsee	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
02.08.2013	Witzmannsberg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.08.2013	Laaber	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.08.2013	Deiningen	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.08.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
10.08.2013	München	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
14.08.2013	Hepberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.08.2013	Salzweg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.08.2013	München	223	StGB	Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
25.08.2013	Übersee	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.09.2013	Marktrechwitz	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.09.2013	Neumarkt i.d. Opf.	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.09.2013	Haar	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.09.2013	München	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
18.09.2013	Gerolzhofen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.09.2013	Dachau	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.09.2013	Lindau (Bodensee)	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
01.10.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
10.10.2013	Oberhaching	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
15.10.2013	Murnau	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.10.2013	Karlstadt	168	StGB	Störung der Totenruhe	Störung der Totenruhe	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.10.2013	Straubing	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.10.2013	Freilassing	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
09.11.2013	Aschaffenburg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
10.11.2013	Sonthofen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

11.11.2013	Kammeltal	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
15.11.2013	Waldsassen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.11.2013	Landshut	223	StGB	Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
25.11.2013	Neustadt b. Coburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
29.11.2013	Schorndorf	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
29.11.2013	München	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
29.11.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
02.12.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
11.12.2013	Erlangen	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.12.2013	München	241	StGB	Bedrohung	Nötigung/Bedrohung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.12.2013	Traunstein	304	StGB	Gemeinschädliche Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.12.2013	Traunstein	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.12.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.12.2013	Miltenberg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

**Politisch motivierte Ausländerkriminalität
PMK-Straftaten mit antisemitischer Motivation**

Tatjahr: 2013

Tattag	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
06.03.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
15.03.2013	Neunkirchen	52	WaffG	Mitführen, herstellen, besitzen einer Waffe	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
12.04.2013	Augsburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
06.07.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
09.07.2013	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-

Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
PMK-Straftaten mit antisemitischer Motivation

Tatjahr: 2014

Tattag	Ort	Paragrah	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
04.01.2014	Missen-Wilhams	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.01.2014	Sachsenkam	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.01.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
10.01.2014	Kammeltal	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.01.2014	Schönau a. Königssee	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
14.01.2014	Ingolstadt	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.01.2014	Jettingen-Scheppach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
19.01.2014	Grafengehaig	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
19.01.2014	Grafengehaig	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
19.01.2014	Ingolstadt	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
19.01.2014	Ingolstadt	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.01.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.01.2014	Ingolstadt	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
28.01.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.01.2014	Mindelheim	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.01.2014	Erlangen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
31.01.2014	Bayreuth	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
03.02.2014	Landsberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.02.2014	Krombach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.02.2014	Altdorf b. Nürnberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
05.02.2014	Straubing	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.02.2014	Augsburg	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.02.2014	München	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
09.02.2014	Regensburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.02.2014	Regensburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.02.2014	Augsburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.02.2014	Nabburg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
24.02.2014	Lichtenfels	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
28.02.2014	Meitingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.03.2014	Breitengüßbach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.03.2014	Gunzenhausen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
31.03.2014	Freilassing	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.04.2014	Bonstetten	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.04.2014	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.04.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.04.2014	Thierstein	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.04.2014	Ingolstadt	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.04.2014	Schwarzenbruck	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
01.05.2014	Freystadt	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
03.05.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
11.05.2014	Grassau	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.05.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

31.07.2014	Weil	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
31.07.2014	Ebern	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
31.07.2014	Günzach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
31.07.2014	Kempton (Allgäu)	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
02.08.2014	Neuhaus a. Inn	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.08.2014	Lappersdorf	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.08.2014	München	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.08.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.08.2014	Bad Kissingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.08.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
11.08.2014	Neumarkt i.d. Opf.	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
11.08.2014	Kammeltal	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.08.2014	Windorf	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.08.2014	Haar	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.08.2014	Haar	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
24.08.2014	Augsburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
25.08.2014	Rosenheim	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
25.08.2014	Schechen	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.08.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
03.09.2014	Gemünden a. Main	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.09.2014	München	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.09.2014	München	126	StGB	Androhung von Straftaten	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.09.2014	Pöttmes	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.09.2014	Ramsthal	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.09.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.09.2014	Bayreuth	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.09.2014	Traunreut	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
01.10.2014	Bad Kissingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
02.10.2014	Kötzting	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
02.10.2014	Kötzting	304	StGB	Gemeinschädliche Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.10.2014	Manching	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.10.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.10.2014	Regensburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
11.10.2014	Berg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.10.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.10.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.10.2014	Nürnberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
15.10.2014	München	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.10.2014	Obermeitingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
24.10.2014	Manching	304	StGB	Gemeinschädliche Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.10.2014	Regensburg	224	StGB	Gefährliche Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
29.10.2014	Marktredwitz	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.10.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
03.11.2014	Iphofen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.11.2014	Bad Kissingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.11.2014	Zorneding	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.11.2014	Stulln	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
15.11.2014	Regensburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.11.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.11.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

18.11.2014	Augsburg	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
18.11.2014	Günzach	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.11.2014	Regensburg	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.11.2014	Forchheim	304 StGB	Gemeinschädliche Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
24.11.2014	Höttingen	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
27.11.2014	Regensburg	86a StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.11.2014	Pleinfeld	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
01.12.2014	Theilenhofen	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
01.12.2014	Augsburg	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
17.12.2014	Bayreuth	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
19.12.2014	München	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.12.2014	Bayreuth	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
31.12.2014	Weihenzell	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

**Politisch motivierte Ausländerkriminalität
PMK-Straftaten mit antisemitischer Motivation**

Tatjahr: 2014

Tattag	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
10.07.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
12.07.2014	Wertingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
15.07.2014	Memmingen	104	StGB	Verletzung von Hoheitszeichen Ausland	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
22.07.2014	Altdorf b. Nürnberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
22.07.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
31.07.2014	Lauf a.d. Pegnitz	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
02.08.2014	Mömlingen	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
11.08.2014	München	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
12.08.2014	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-
03.12.2014	Ingolstadt	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-

Politisch motivierte Kriminalität -sonstige bzw. nicht zuzuordnen-
PMK-Straftat mit antisemitischer Motivation

Tatjahr: 2014

Tattag	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
02.11.2014	Dachau	243	StGB	Schwerer Diebstahl	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Sonstige/nicht zuzuordnen-

**Politisch motivierte Gewaltkriminalität -rechts-
PMK-Straftaten mit antisemitischer Motivation**

Tatjahr: 2013

Tattag	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
02.02.2013	Deggendorf	223	StGB	Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.06.2013	Nürnberg	223	StGB	Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
28.07.2013	Freising	224	StGB	Gefährliche Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.08.2013	München	223	StGB	Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.11.2013	Landshut	223	StGB	Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

**Politisch motivierte Gewaltkriminalität -rechts-
PMK-Straftaten mit antisemitischer Motivation**

Tatjahr: 2014

Tattag	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
26.10.2014	Regensburg	224	StGB	Gefährliche Körperverletzung	Körperverletzung	Politisch motivierte Gewaltkriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

**Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
PMK-Straftaten mit antisemitischer Motivation**

Tatzeitraum: 01.01.2015 - 30.06.2015

Auswertestand: 25.08.2015

Tattag	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
02.01.2015	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.01.2015	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.01.2015	Erding	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.01.2015	Ingolstadt	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.01.2015	Elfershausen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.01.2015	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
29.01.2015	Regensburg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.01.2015	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.02.2015	Gundelfingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
18.02.2015	Regensburg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
19.02.2015	Sulzbach-Rosenberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
20.02.2015	Geltendorf	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.03.2015	Lindenberg i. Allgäu	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
05.03.2015	Neustadt b. Coburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
08.03.2015	Elfershausen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
09.03.2015	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
09.03.2015	Eschenbach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
11.03.2015	Dillingen a.d. Donau	132a	StGB	Missbrauch von Titeln	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.03.2015	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
24.03.2015	Weiden	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
27.03.2015	Krumbach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
27.03.2015	Krumbach	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
05.04.2015	Ingolstadt	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.04.2015	Memmingen	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.04.2015	Geretsried	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.04.2015	München	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
09.04.2015	Memmingen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
12.04.2015	Floß	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.04.2015	Regensburg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.04.2015	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
15.04.2015	Nürnberg	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.04.2015	Augsburg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
30.04.2015	Johanniskirchen	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.05.2015	Hof	304	StGB	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
04.05.2015	Hof	303	StGB	Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.05.2015	Altomünster	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
11.05.2015	Krün	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
23.05.2015	Greußenheim	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
06.06.2015	Cham	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
07.06.2015	Hauzenberg	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
13.06.2015	München	130	StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
16.06.2015	Weidenberg	185	StGB	Beleidigung	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

22.06.2015	Lindau (Bodensee)	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.06.2015	Schrobenhausen	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
22.06.2015	Schrobenhausen	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
25.06.2015	Erlangen	241 StGB	Bedrohung	Nötigung/Bedrohung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.06.2015	Wolfratshausen	130 StGB	Volksverhetzung	Volksverhetzung	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
26.06.2015	Wenzenbach	86a StGB	Verwenden von Kennzeichen	Propagandadelikte	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-
29.06.2015	München	304 StGB	Gemeinschädliche Sachbeschädigung	Sachbeschädigungen	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

**Politisch motivierte Ausländerkriminalität
PMK-Straftaten mit antisemitischer Motivation**

Tatzeitraum: 01.01.2015 - 30.06.2015

Auswertestand: 25.08.2015

Tattag	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm	Deliktsbereich	Deliktsqualität	Phänomenbereich
16.01.2015	Lauf a.d. Pegnitz	303b	StGB	Computersabotage	sonstige Straftaten	Politisch motivierte Kriminalität	Politisch motivierte Kriminalität -Ausländer-

Anlage 5.1

Auswahl an aktuellen Projekten der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (StMBW) zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und gegen antisemitische bzw. antiisraelische Positionen, Denk- und Handlungsweisen

1. Bayerisch-Israelische Bildungszusammenarbeit

Im November 2011 haben der Freistaat Bayern und der Staat Israel die Intensivierung ihrer Bildungszusammenarbeit beschlossen: Staatsminister Dr. Spaenle, der israelische Bildungsminister Sa'ar und der Direktor von Yad Vashem, Shalev, haben eine entsprechende Grundlagenvereinbarung unterzeichnet. Seither sind auf diesem Feld vielfältige Aktivitäten unternommen worden, um dieses Ziel einer intensivierten Kooperation zu realisieren. Dabei waren neben dem Staatsministerium auch der Bayerische Landtag und der Bayerische Jugendring besonders aktiv.

Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst unterstützt eine Reihe schulischer und außerschulischer Initiativen auf dem Gebiet der bayerisch-israelischen Bildungszusammenarbeit in besonderer Weise. Förderfähige Projekte sind im schulischen wie im außerschulischen Bereich u.a. Studienfahrten, Austausche sowie Seminare von Multiplikatoren. Die auf diesem Gebiet der Bildungszusammenarbeit mit Israel besonders ausgewiesene Landeszentrale für politische Bildungsarbeit berät und unterstützt die einzelnen Projekte fachlich und inhaltlich, damit der notwendige Förderantrag beim Bayerischen Jugendring erfolgreich abgewickelt werden kann.

Ausführliche Informationen zu den Fördermöglichkeiten, zu den Förderrichtlinien und den Förderverfahren können der Webseite des Bayerischen Jugendrings entnommen werden. Die hier dargestellten vielfältigen Formate, die Landeszentrale und Jugendring gemeinsam entwickeln, sollen dazu dienen, bereits bestehende wie auch neu konzipierte Aktivitäten im Bereich der bayerisch-israelischen Bildungszusammenarbeit mit den gegebenen finanziellen Möglichkeiten mit besonderem Engagement zu unterstützen und somit der bestehenden Zusammenarbeit neue Komponenten zu erschließen.

Diese enge Zusammenarbeit bayerischer und israelischer Einrichtungen wurde und wird seit nunmehr drei Jahren in besonderer Weise vom Bayerischen Landtag unterstützt: Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat 2012 eine Reise nach Israel unternommen, um - auch im Gefolge der oben angesprochenen bayerisch-

israelischen Vereinbarung – Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bayern und Israel zu identifizieren. 2013 wurde dann vom Bayerischen Landtag ein erster ‚Israel-Tag‘ durchgeführt, bei dem den in Bayern auf diesem Feld tätigen Institutionen und Personen eine Plattform für Kooperation und Austausch geboten wurde; dieser ‚Israel-Tag‘ wurde im Januar 2015 wiederholt. Die genannten Aktivitäten des Bayerischen Landtags fanden in enger Kooperation mit der Landeszentrale statt.

2. Zeithistorische Bildungsarbeit

2.1 Fahrtkostenförderung von Klassenfahrten zu den KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg

Förderbetrag: 2014: 153.145,52 €

Förderbetrag: 2015: 133.189,98 € (Stand: 27.08.2015)

2.2 Teilabgeordnete Lehrkräfte an den KZ-Gedenkstätten

Dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, hier der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, sind 25 Lehrkräfte im Rahmen von unterhältigen Teilabordnungen zugeordnet, die an den Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg Schulklassen führen und betreuen, didaktische und pädagogische Konzepte entwickeln sowie Angebote und Anregungen auf der Webseite www.gedenkstaettenpaedagogik-bayern.de vermitteln. Damit sind Fachlichkeit und didaktische Kompetenz wie auch eine tatsächliche Unterstützung der Schülerinnen und Schüler bei den Unterrichtsgängen in die Gedenkstätten sichergestellt.

2.3 Modellversuch Mittelschulen

Landeszentrale und Mittelschulabteilung des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst führen im Schuljahr 2015/16 einen Modellversuch durch, bei dem die Voraussetzungen, unter denen im Bereich der Mittelschulen ein Gedenkstättenbesuch verbindlicher festgelegt werden kann, identifiziert und erprobt werden.

2.4 Förderschulseminare

In Kooperation mit der Landeszentrale werden alle oberbayerischen Förderschulseminare in einem zweitägigen Lehrgang auf

gedenkstättenpädagogische und zeithistorische Arbeitsformen in ihrer Schularart vorbereitet; dabei werden stets aktuelle Fragestellungen, die sich insbesondere im Blick auf Ausgrenzungserfahrungen und hieraus resultierende Idiosynkrasien der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen ergeben, intensiv berücksichtigt.

3. Politische Bildungsarbeit im Unterricht

Im Rahmen der Demokratie- und Toleranzerziehung innerhalb der politischen Bildung, die hier als übergreifendes Bildungsziel begriffen wird, erarbeitet die Landeszentrale ein umfangreiches Materialienpaket zum Thema „Religion und Toleranz“, das von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II reicht und mit den unterschiedlichsten Mitteln (Spiel, Wandzeitung, Sequenzplanung, Projektmaterial, Planspiel) die Bekämpfung des Antisemitismus zu einem seiner wesentlichen Ziele macht.

**Übersicht über die Verankerung
der jüdischen bzw. deutsch-jüdischen Geschichte
in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen in Bayern**

Unterrichtsfach	Schulart	Klassenstufe	Thema und ggf. Umfang (Bitte nur Titel/Bezeichnung nennen und - falls vorhanden – zeitliche Vorgaben für die Dauer der Unterrichtseinheit)	Grundlage (Lehrplan, Kernlehrplan, Rahmenplan o.Ä.)
Katholische Religionslehre	Mittelschule	5	Glauben und Vertrauen – Gottes Weg mit Abraham	Fachlehrplan 5.2
Evangelische Religionslehre	Mittelschule	5	Mit Gott durchs Leben gehen – Abrahams Erfahrungen	Fachlehrplan 5.2
Ethik	Mittelschule	5	Weltreligionen im Alltag – Stätten, Symbole, Brauchtum	Fachlehrplan 5.4
Katholische Religionslehre	Mittelschule	6	An Gott glauben – Erfahrungen und Zugänge – Gotteserfahrungen im AT	Fachlehrplan 6.1.2
Katholische Religionslehre	Mittelschule	6	Mit der Bibel leben – Texte des Glaubens	Fachlehrplan 6.4.2
Evangelische Religionslehre	Mittelschule	6	Gott fragt nach Menschen – Glaubenserfahrung in Israel	Fachlehrplan 6.1.2
Katholische Religionslehre	Mittelschule	8	„Höre Israel, der Herr unser Gott ist einzig“ – die Religion der Juden	Fachlehrplan 8.4
Evangelische Religionslehre	Mittelschule	8	Einander besser verstehen – Glaube und Leben der Juden	Fachlehrplan 8.3
Ethik	Mittelschule	8	Weltreligionen: Glaube und Leben im Judentum	Fachlehrplan 8.5
Geschichte/Sozialkunde/ Erdkunde	Mittelschule	8	Demokratie und NS-Diktatur – Terror und Völkermord	Fachlehrplan 8.6 (8.6.5)
Geschichte/Sozialkunde/ Erdkunde	Mittelschule	9	Ein aktuelles Thema – Politik und Gesellschaft stehen vor erheblichen Herausforderungen	Fachlehrplan 9.7

			rungen.	
Geschichte	Realschule	6	<p>G 6.1: Religion und Zusammenschluss der israelitischen Stämme (erste Begegnung mit jüdischem Glauben, jüdischer Geschichte und Kultur)</p> <p>G 6.5: Glaubensvorstellungen der Menschen und ihre Bedeutung in den Lebenswelten der Antike (fächerübergreifendes Unterrichtsprojekt)</p>	Lehrplan
Geschichte	Realschule	7	<p>G 7.2: Begegnungen von Völkern, Religionen und Kulturen (intensive Auseinandersetzung mit dem Judentum im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit; Begegnungen von Orient und Okzident: Konflikte und Kontakte, Zusammenleben von Juden und Christen in Europa; Expansionsmotive/-rechtfertigungen für die Kreuzzüge)</p> <p>G 7.5: Begegnungen mit dem Fremden im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit (fächerübergreifendes Unterrichtsprojekt)</p>	Lehrplan
Geschichte	Realschule	9	<p>G 9.5: Totalitäre Herrschaft, Zweiter Weltkrieg und die Folgen (Verfolgung, Widerstand, Rassendiskriminierung, Antisemitismus, Reichsprogromnacht, Holocaust und Auschwitz, Völkermord an Juden und Sinti und Roma, NS-Terror, KZ, Frage nach Verantwortung und Schuld)</p>	Lehrplan

Geschichte	Realschule	10	Weltpolitische Veränderungsprozesse (Entwicklung des Nahost-Konflikts, Gründung des Staates Israel; Kooperation mit dem Fach Sozialkunde möglich)	Lehrplan
Kath. Religion	Realschule	6	KR 6.4: In der Wurzel verbunden: vom Leben und Glauben der Juden (jüdischer Alltag, Feiern, Entfremdung und Verfolgung in der Urkirche, Verständigung und Versöhnung in unserer Zeit)	Lehrplan
Evang. Religion	Realschule	9	EvR 9.3: Judentum: Achtung vor dem Verwandten und doch Anderen (jüdischer Glaube, Stationen jüdischer und christlicher Geschichte, jüdisches Leben heute)	Lehrplan
Kath. Religionslehre	Gymnasium	5	<ul style="list-style-type: none"> Entdeckungsreise in die Welt Jesu von Nazaret: anhand exemplarischer Bibelstellen das geographische, gesellschaftliche und religiöse Umfeld Jesu erkunden (in K 5.4) 	Lehrplan
Geschichte	Gymnasium	6	<ul style="list-style-type: none"> Polytheismus und Monotheismus: Glaubensvorstellungen in Ägypten und im Judentum (in G 6.3) Auswirkungen römischer Herrschaft in den Provinzen (in G 6.5) 	Lehrplan
Ev. Religionslehre	Gymnasium	6	<p>Zeit und Umwelt Jesu (Ev 6.1)</p> <ul style="list-style-type: none"> die geographische und gesellschaftliche Heimat Jesu kennenlernen (Galiläa und Jerusalem unter römischer Herrschaft) 	Lehrplan

			<ul style="list-style-type: none"> • das Judentum als religiöse Heimat Jesu kennenlernen 	
Kath. Religionslehre	Gymnasium	6	Menschliche Macht unter dem Anspruch Gottes: Könige in Israel (K 6.3)	Lehrplan
Ethik	Gymnasium	6	<ul style="list-style-type: none"> • zentrale Personen der jüdischen und christlichen Religion: Abraham, Moses, Jesus; Darstellung der geographischen und historischen Situation, in der sie gewirkt haben (in: Eth 6.3) 	Lehrplan
Geschichte	Gymnasium	7	<ul style="list-style-type: none"> • religiöse Konfrontation und Kulturbegegnung in der Zeit der Kreuzzüge (in G 7.1) • Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen im Mittelalter: Juden (in G 7.1) 	Lehrplan
Geschichte	Gymnasium	9	<p>Nationalsozialismus und 2. Weltkrieg (G 9.2) Als Teilaspekte der Beschäftigung mit dem Thema sind im Lehrplan u.a. vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ideologie des Nationalsozialismus, u.a. „Rassenlehre“, Antisemitismus und „Führergedanke“ • Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Juden sowie weiterer Bevölkerungsgruppen im Nationalsozialismus • Bayern im NS-Staat: [...]; KZ Dachau als Zentrum des süddeutschen Lagersystems oder KZ Flossenbürg • Resistenz und Widerstand • Exkursion zu einem Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus 	Lehrplan

			<p>Weitere Aspekte zur jüdischen bzw. deutsch-jüdischen Geschichte in Jgst. 9:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aussöhnung mit Israel nach 1945 (in G 9.3) • (Ereignis-)Geschichte des Nahostkonflikts I: Gründung Israels bis Sechstagekrieg (in G 9.4) 	
Evangelische Religionslehre	Gymnasium	9	<p>Judentum (Ev 9.1) Als Teilaspekte der Beschäftigung mit dem Thema sind im Lehrplan u.a. vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ausgewählte Stationen jüdischer Geschichte bis zur Gegenwart • Motive und Formen des Antijudaismus und des Antisemitismus 	Lehrplan
Katholische Religionslehre	Gymnasium	9	<p>Das Judentum: Weltreligion und Wurzel des Christentums (K 9.2) Als Teilaspekte der Beschäftigung mit dem Thema sind im Lehrplan u.a. vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • jüdische Spuren in unserem kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld, z.B. jiddische Wörter im Deutschen, [...] berühmte Juden • Juden und Christen: [...] Beispiele der belasteten Geschichte, u.a. [...] Judenverfolgung im Mittelalter und 20. Jahrhundert; Dialog nach der Schoah 	Lehrplan

Geschichte	Gymnasium	10	<ul style="list-style-type: none"> • (Ereignis-)Geschichte des Nahostkonflikts II: Entwicklung seit den 1970er Jahren (in G 10.3) 	Lehrplan
Geschichte	Gymnasium	11	<p>Die Deutschen und der Holocaust (G 11.2.2); als Teilaspekte der vertieften Beschäftigung mit dem Thema sind im Lehrplan u.a. vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stellung des jüdischen Bevölkerungsteils in der deutschen Gesellschaft seit dem Ersten Weltkrieg • NS-Antisemitismus im Verhältnis zum traditionellen Antisemitismus; Demütigung und Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung; Umgang mit anderen Opfergruppen • Frage nach Wahrnehmung der Judenverfolgung und Beteiligung an ihr seitens der nichtjüdischen Bevölkerung (z. B. bei „Arisierung“) 	Lehrplan
Geschichte	Gymnasium	12	<p>Der Nahe Osten: Historische Wurzeln eines weltpolitischen Konfliktes (G 12.2.1); Als Teilaspekte der vertieften Beschäftigung mit dem Thema sind im Lehrplan u.a. vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Widerstreit zwischen römischen Herrschaftsinteressen und jüdischem Selbstständigkeitsstreben <u>im antiken Palästina</u> • imperialistische bzw. nationalistische Verwerfungen im Nahen Osten: osmanisches Erbe, arabisches Unabhängig- 	Lehrplan

			<p>keitsstreben, zionistische Bewegung, britische und französische Dominanz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gründung des Staates Israel – Kampf um die Selbstbestimmung des jüdischen Volks gegen den Widerstand der arabischen Staaten und der Mehrheit der palästinensischen Einwohner • Israel und seine arabischen Nachbarn im ideologischen Spannungsfeld des Kalten Kriegs • „Intifada“ und „Roadmap“ als Beispiele für die Gefährdung und Gestaltung des Friedensprozesses im Nahen Osten 	
--	--	--	--	--

Bemerkungen:

Lehrplaninhalte im Bereich der Mittelschulen gelten für Regelklassen und Mittlere-Reife-Klassen (unterschiedliche Niveaustufen).

Anlage 6.1

Im Folgenden finden sich die Veranstaltungszahlen einer Abfrage der Datenbank FIBS (Fortbildung in bayerischen Schulen) für den Zeitraum ab Januar 2014. Hierbei ist zu beachten, dass SCHILF-Veranstaltungen, die von den Einzelschulen für das jeweilige Kollegium durchgeführt werden, nicht erfasst sind und Mehrfachnennungen bei den Suchergebnissen zu den unterschiedlichen Stichworten möglich sind.

- 10 Veranstaltungen zum Stichwort „nahost“, z. B.
 - „Der Nahost-Konflikt“ (18.-22.05.2015), Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen
 - „Internationale Politik: Akteure, Probleme und Konflikte“ (05.-09.05.2015), ALP Dillingen
- 58 Veranstaltungen zum Stichwort „jüdisch“, z. B.
 - „Wir gehen in verschiedenen Schuhen auf dem gleichen Weg. In Judentum und Christentum dem Umgang mit den ‚Großen Fragen‘ auf die Spur kommen“ (08.-10.07.2015), Erzbischöfliches Ordinariat Bamberg
 - „Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde – Rundgang anlässlich 80 Jahre Nürnberger Gesetze“ (23.10.2015), Institut für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg
 - „Das Band der jüdischen Tradition“ (07.07.2015), Ministerialbeauftragter für die Gymnasien in Schwaben
- 42 Veranstaltungen zum Stichwort „nationalsozialis“, z. B.
 - „Vertiefte Arbeit für Mittelschulklassen an der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg“ (05.11.2014), KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
 - „Lehrerfortbildung zur Vorstellung der pädagogischen Angebote der Bildungsabteilung: Exkursion in die KZ-Gedenkstätte Dachau - Möglichkeiten der Durchführung sowie der Vor- und Nachbereitung“ (13.10.2015), KZ-Gedenkstätte Dachau
 - „München – ‚Hauptstadt der Bewegung‘“ (02.07.2015), Ministerialbeauftragter für die Gymnasien in Oberbayern-Ost
- 78 Veranstaltungen zum Stichwort „toleranz“, z. B.
 - „Argumentationstraining gegen (R/rechte) Stammtischparolen“ (21.07.2014), Staatliche Schulberatung Oberfranken

- „Rechtsextreme Musik und Grauzonebands – wer oder was steckt dahinter?“ (25.06.2014), Staatliche Schulberatung für die Oberpfalz
 - „Fremde Religionen entdecken: Judentum und Islam“ (21.04.2015), Bischöfliches Schulreferat Regensburg
- 62 Veranstaltungen zum Stichwort „interreligiös“, z. B.
- „Interreligiöses Lernen: Chancen, Grenzen, Wege“ (21.10.2015), Ministerialbeauftragter für die Gymnasien in Unterfranken
 - „Interkulturelles Lernen und interreligiöser Dialog im Ethikunterricht“ (17.07.2015), Regierung von Oberbayern München
- 12 Veranstaltungen zum Stichwort „antisemit“, z. B.
- „Krieg! Juden zwischen den Fronten 1914-1918“ (06.10.2014), Pädagogisches Institut München
 - „SOR-SMC coach – Schwerpunkt ‚ohne Rassismus‘“ (09-10.06.2015), Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Landeskoordination Bayern
 - „Diversität und Akzeptanz in der modernen Schule“ (27.11.2015), Institut für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg